

Piratengruppe
Fraktion DIE LINKE

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 07.11.2016

AN/1827/2016

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	17.11.2016
Gesundheitsausschuss	13.12.2016

Köln und Düsseldorf setzen sich gemeinsam für wissenschaftliche Studien zur Cannabis-Abgabe ein

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates zu setzen.

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

1. Nach dem Vorbild der Stadt Düsseldorf soll das Kölner Gesundheitsamt eine Genehmigung für eine wissenschaftliche Studie beim Bundesinstitut für Arzneimittel (BfArM) beantragen, in der registrierte Teilnehmer Cannabis legal erwerben können. Im Rahmen dieser Studie soll erforscht werden, welche Konsequenzen eine legale Abgabe von Cannabis für Konsumenten, die Stadt Köln und die Stadtgesellschaft hätte.
2. Dieser Antrag soll in enger Absprache mit den Düsseldorfer Fachbereichen entstehen. Das Kölner Gesundheitsamt soll sich dazu kurzfristig ein Bild vom Prozess in Düsseldorf machen und sich um einen engen Austausch mit den dortigen Beteiligten bemühen. Im Weiteren sollte auf interkommunaler Ebene geprüft werden, ob ein gemeinsamer Antrag für wissenschaftliche Studien in beiden Städten mehr Erfolgsaussichten hätte.
3. Für die erfolgreiche Antragsausarbeitung soll eine Arbeitsgruppe – angelehnt an die sogenannte „AG-Cannabis“ des Düsseldorfer Gesundheitsamts – ins Leben gerufen werden, die spätestens im 2. Quartal 2017 eine „Fachtagung Cannabis“ im Kölner Rathaus organisiert und durchführt. Auf der Tagung soll gemeinsam mit Experten (Suchthilfeträgern, Initiativen, Vereine (z.B. LEAP), Kriminologen, Drogenexperten, BDK, Fachpolitiker usw.) unter anderem eine Strategie für ein wissenschaftliches Kölner Modellprojekt zur Cannabis-Abgabe entwickelt werden. Über die Ergebnisse sollen die zuständigen Fachgremien und der Rat der Stadt entsprechend informiert werden.

Begründung:

Die Bezirksvertretung Innenstadt hatte im Dezember 2014 mit breiter Mehrheit den Antrag „Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Erlaubnis zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten zum Zweck des

Betriebs von Abgabestellen in der Kölner Innenstadt“ beschlossen. Die Stadtverwaltung wurde u.a. gebeten, einen Runden Tisch/Fachtag einzuberufen, der offene rechtliche Fragen in Bezug auf mögliche Betreiber, deren Beschaffungsmöglichkeiten sowie zur Gewährleistung des wissenschaftlichen und/oder öffentlichen Interesses beispielsweise durch Begleitung geeigneter Forschungsstellen klärt. Der Antrag der Bezirksvertretung Innenstadt wurde leider bis heute nicht umgesetzt. Dabei sind die Argumente, die damals für den Antrag sprachen, heute nur noch aktueller geworden.

In Düsseldorf arbeitet die Stadt bereits daran, eine Genehmigung des BfArM für eine wissenschaftliche Studie zu bekommen. Den Studienteilnehmern soll der legale Erwerb von Cannabis ermöglicht werden. Die Studie soll die Auswirkungen von Cannabis-Abgabestellen belegen und bei positivem Verlauf Abgabestellen in Düsseldorf ermöglichen. In ca. einem Monat wird Düsseldorf eine Fachtagung durchführen.

Aufgrund der unterschiedlichen sozio-kulturellen Voraussetzungen in den beiden Städten werden sich die Düsseldorfer Ergebnisse nicht ohne Weiteres auf Köln übertragen lassen. Deswegen empfiehlt es sich, eine eigene Kölner Studie durchzuführen. Gleichzeitig ist die Genehmigung für diese Modellversuche möglicherweise für beide Städte leichter zu erhalten, wenn durch eine enge Zusammenarbeit der Kommunen Synergieeffekte abgeschöpft werden können und die Ergebnisse durch eine sehr unterschiedliche Palette von Standorten aussagekräftiger sind.

gez.
Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer

gez.
Thomas Hegenbarth
Piratengruppe